

Mainz, 6. September 2021

Pressemitteilung

Afghanistan: Das Versprechen auf Rettung kennt keine Frist! Zivilgesellschaftliche Organisationen stellen Forderungen an die Bundesregierung

In ihrem gemeinsamen Positionspapier **„Das Versprechen auf Rettung kennt keine Frist! Ihr kennt die Namen und ihr bleibt in der Verantwortung“** machen Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz, die Arbeitsgemeinschaft Diakonie Rheinland-Pfalz, der Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ihre Erwartungen an die Bundesregierung zum Umgang mit Schutzsuchenden aus Afghanistan deutlich.

Sie betonen: *„Das Engagement für die Menschen aus Afghanistan, egal ob sie schon bei uns sind oder sich noch im Land bzw. in Nachbarstaaten befinden, darf nicht nachlassen“*. **Konkret fordern sie von der Bundesregierung:**

- **Gefährdete Menschen weiterhin retten und alles für ihre Evakuierung aus Afghanistan und den Nachbarländern zu tun!**

„Wir haben die Sorge, dass die weitere Evakuierung der betroffenen Menschen durch Bürokratismus und Dienstwege verhindert wird“, befürchtet Pierrette Onangolo, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats Rheinland-Pfalz. *„Die Bundesregierung kennt die Namen der Betroffenen und sie bleibt in der Verantwortung, diesen Menschen zu helfen. Das Versprechen auf Rettung kennt keine Frist!“*

- **Psychosoziale Begleitung der evakuierten Menschen, die vielfach durch die Ereignisse traumatisiert sind und Ausbau dieser Unterstützungsstrukturen!**

„Viele Menschen die jetzt zu uns kommen sind von den Ereignissen in Afghanistan und der Flucht schwer belastet. Um hier schwerwiegende Folgen abzumildern und den Menschen ein Ankommen zu ermöglichen bedarf es sofortiger, psychosozialer Begleitung“, fordert Albrecht Bähr, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz. Zudem sei ein nachhaltiger Ausbau der Versorgungsstruktur durch den Bund dringend von Nöten.

- **Geduldeten Afghan*innen in Deutschland endlich Aufenthaltssicherheit und Zukunftsperspektiven geben!**

„Die zum großen Teil schon seit vielen Jahren in Deutschland nur geduldeten Menschen aus Afghanistan werden auf lange Sicht nicht nach Afghanistan zurückkehren können. Sie brauchen jetzt endlich Aufenthaltssicherheit und eine verlässliche Zukunftsperspektive.“, fasst Torsten Jäger, Geschäftsführer des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz zusammen. *„Ein Leben in Unsicherheit und Existenzangst macht die Menschen kaputt und führt zu Desintegration.“*

- **Familiennachzug beschleunigen und endlich unbürokratisch umsetzen!**

„Die Bundesregierung hat den Anspruch vieler Afghaninnen und Afghanen auf den Nachzug ihrer Familienangehörigen über Jahre ausgebremst und verschleppt“, sagt Okka Senst von Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz. Die Bundesregierung müsse diese Verweigerungshaltung jetzt endlich aufgeben und Familienangehörigen anspruchsberechtigter Afghan*innen in Deutschland den Nachzug unbürokratisch ermöglichen: *„Die Integration in unsere Gesellschaft funktioniert nur, wenn die Familien das gemeinsam, in Sicherheit und ohne Angst tun können.“*

Die vier Organisationen appellieren in dem gemeinsamen Positionspapier zugleich eindringlich an die rheinland-pfälzische Landesregierung, auf Bundesebene weiterhin ihre Einflussmöglichkeiten zur Lösung dieser Fragen geltend zu machen und - sofern der Bund sich verweigert - überall da in eigener Verantwortung aktiv zu werden, wo sie entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten hat.

Das Positionspapier ist in der Anlage beigefügt. Für Rückfragen stehen wir Ihnen zur Verfügung.